



Einkaufsbedingungen für Produktionsmaterial der AUDI MÉXICO S.A. de C.V.

Stand Juli 2020

Nachstehende Bedingungen gelten im Rechtsverhältnis zwischen dem Besteller und einem Lieferanten, der seinen gesetzmäßigen Sitz außerhalb der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Kanada oder der Vereinigten Staaten von Amerika hat:

1. Maßgebende Bedingungen

Die Rechtsbeziehungen zwischen Lieferant und Besteller richten sich nach diesen Bedingungen und etwaigen sonstigen Vereinbarungen. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Andere Allgemeine Geschäftsbedingungen gelten auch dann nicht, wenn ihnen im Einzelfall nicht ausdrücklich widersprochen wurde.

2. Bestellung

1. Lieferverträge (Bestellung und Annahme) und Lieferabrufe sowie ihre Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Lieferabrufe können auch durch Datenfernübertragung erfolgen.

2. Nimmt der Lieferant die Bestellung nicht innerhalb von drei Wochen seit Zugang an, so ist der Besteller zum Widerruf berechtigt. Lieferabrufe werden spätestens verbindlich, wenn der Lieferant nicht binnen zwei Wochen seit Zugang widerspricht.

3. Soweit der Liefergegenstand zur Verwendung in einem Werk der VW AG bestimmt ist, werden die Lieferungen von dort abgerufen und bezahlt.

4. Der Besteller kann im Rahmen der Zumutbarkeit für den Lieferanten Änderungen des Liefergegenstandes in Konstruktion und Ausführung verlangen. Dabei sind die Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Mehr- und Minderkosten sowie der Liefertermine, angemessen einvernehmlich zu regeln.

3. Zahlung

1. Voraussetzung für die Zahlung ist das Vorliegen einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung. Die Zahlung erfolgt am 25. des der Lieferung folgenden Monats. Soweit es sich um Lieferanten mit gesetzmäßigem Sitz außerhalb Mexikos handelt, erfolgt die Zahlung 30 Tage nach Empfang der Lieferung oder Leistung oder, sofern dem Besteller eine Rechnung durch den Lieferanten erst nach Empfang der Lieferung/Leistung zugeht, 30 Tage nach Zugang dieser Rechnung durch Anweisung des entsprechenden Betrages auf das beim Besteller für den Lieferanten hinterlegte Konto. Bei Annahme verfrühter Lieferungen richtet sich die Fälligkeit nach dem vereinbarten Liefertermin.

2. Die Zahlung erfolgt durch Überweisung oder Scheck. In der Zahlungsanweisung wird dem Lieferanten der Kontostand mitgeteilt. Unstimmigkeiten sind dem Besteller unverzüglich aufzugeben.

3. Bei fehlerhafter Lieferung ist der Besteller berechtigt, die Zahlung wertanteilig bis zur ordnungsgemäßen Erfüllung zurückzuhalten.

4. Der Lieferant ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Bestellers, die nicht unbillig verweigert werden darf, nicht berechtigt, seine Forderungen gegen ihn abzutreten oder durch Dritte einziehen zu lassen. Bei Vorliegen von verlängertem Eigentumsvorbehalt gilt die Zustimmung als erteilt. Tritt der Lieferant seine Forderungen gegen den Besteller entgegen Satz 1 ohne dessen Zustimmung an einen Dritten ab, so ist die Abtretung gleichwohl wirksam. Der Besteller kann jedoch nach seiner Wahl mit befreiender Wirkung an den Lieferanten oder den Dritten leisten.

4. Mängelanzeige

Mängel der Lieferung hat der Besteller, sobald sie nach den Gegebenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsablaufs festgestellt werden, dem Lieferanten unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Insoweit verzichtet der Lieferant auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge.

5. Geheimhaltung

1. Die Vertragspartner verpflichten sich, alle nicht offenkundigen kaufmännischen und technischen Einzelheiten, die ihnen durch die Geschäftsbeziehungen bekannt werden, als Geschäftsgeheimnis zu behandeln.

2. Zeichnungen, Modelle, Schablonen, Muster und ähnliche Gegenstände dürfen unbefugten Dritten nicht überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden. Die Vervielfältigung solcher Gegenstände ist nur im Rahmen der betrieblichen Erfordernisse und der urheberrechtlichen Bestimmungen zulässig.

3. Unterlieferanten sind entsprechend zu verpflichten.

4. Die Vertragspartner dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung mit ihrer Geschäftsverbindung werben. Anfragen sind an den zuständigen Einkäufer zu richten.

6. Liefertermine und fristen/Versandklauseln

Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Liefertermins oder der Lieferfrist ist der Eingang der Ware beim Besteller. Der Lieferant hat die Ware unter Berücksichtigung der üblichen Zeit für Verladung und Versand rechtzeitig bereitzustellen. Die Lieferungen sind nach den Anweisungen des Bestellers abzuwickeln. Für alle Handelsklauseln gelten die INCOTERMS.

7. Lieferverzug

1. Der Lieferant ist dem Besteller zum Ersatz des Verzugschadens verpflichtet. Dies gilt nicht für entgangenen Gewinn und Schäden aus Betriebsunterbrechung.

2. Bei leichter Fahrlässigkeit beschränkt sich der Schadensersatz auf Frachtmehrkosten, Nachrüstkosten und nach fruchtloser Nachfristsetzung oder bei Wegfall des Interesses an der Lieferung auf die Mehraufwendungen für Deckungskäufe.

8. Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, behördliche Maßnahmen und sonstige unvorhersehbare, unabwendbare und schwerwiegende Ereignisse befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten.

Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der betroffene Vertragspartner in Verzug befindet. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

9. Qualität und Dokumentation

1. Der Lieferant hat für seine Lieferungen die anerkannten Regeln der Technik, die Sicherheitsvorschriften und die vereinbarten technischen Daten einzuhalten. Änderungen des Liefergegenstandes bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Bestellers. Für die Erstmusterprüfung wird auf die VDA Schrift „Band 2, Sicherung der Qualität von Lieferungen Produktionsprozess- und Produktfreigabe (PPF)“ hingewiesen. Erst nachdem der Besteller die Muster akzeptiert hat, darf mit der Serienlieferung begonnen werden. Unabhängig davon hat der Lieferant die Qualität der Liefergegenstände ständig zu überprüfen. Die Vertragspartner werden sich über die Möglichkeiten einer Qualitätsverbesserung gegenseitig informieren.

2. Sind Art und Umfang der Prüfungen sowie die Prüfmittel und -methoden zwischen dem Lieferanten und dem Besteller nicht fest vereinbart, ist der Besteller auf Verlangen des Lieferanten im Rahmen seiner Kenntnisse, Erfahrungen und Möglichkeiten bereit, die Prüfungen mit ihm zu erörtern, um den jeweils erforderlichen Stand der Prüftechnik zu ermitteln. Darüber hinaus wird der Besteller den Lieferanten auf Wunsch über die einschlägigen Sicherheitsvorschriften informieren. Für weitergehende Informationen zu Mess- und Prüfprozessen wird auf die VDA Schrift „Band 5, Prüfprozesseignung, Eignung von Messsystemen, Mess- und Prüfprozessen, Erweiterte Messunsicherheit, Konformitätsbewertung“ hingewiesen.

3. Bei den in den technischen Unterlagen oder durch gesonderte Vereinbarung besonders, zum Beispiel mit „D“, gekennzeichneten Merkmalen hat der Lieferant darüber hinaus in besonderen Aufzeichnungen festzuhalten, wann, in welcher Weise und durch wen die

Liefergegenstände bezüglich der besonderen Merkmale geprüft worden sind und welche Resultate die geforderten Qualitätstests ergeben haben. Die Prüfungsunterlagen sind mindestens fünfzehn Jahre aufzubewahren und dem Besteller bei Bedarf vorzulegen. Vorlieferanten hat der Lieferant im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten im gleichen Umfang zu verpflichten. Für die Dokumentation und Archivierung wird auf die VDA Schrift „Band 1, Dokumentation und Archivierung- Leitfaden zur Dokumentation und Archivierung von Qualitätsforderungen“, sowie auf die VDA Schrift „Prozessbeschreibung besondere Merkmale (BM)“ hingewiesen.

4. Soweit Behörden, die für die Kraftfahrzeugsicherheit, Abgasbestimmungen o. ä. zuständig sind, zur Nachprüfung bestimmter Anforderungen Einblick in den Produktionsablauf und die Prüfungsunterlagen des Bestellers verlangen, erklärt sich der Lieferant auf Bitten des Bestellers bereit, ihnen in seinem Betrieb die gleichen Rechte einzuräumen und dabei jede zumutbare Unterstützung zu geben.

10. Mängelhaftung

1. Bei Lieferung mangelhafter Ware kann der Besteller, wenn die jeweiligen gesetzlichen und die nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen vorliegen und soweit nicht ein anderes vereinbart ist, folgendes verlangen:

- a) Vor Beginn der Fertigung (Bearbeitung oder Einbau) hat der Besteller zunächst dem Lieferanten Gelegenheit zum Aussortieren sowie zur Mangelbeseitigung oder Nach- (Ersatz-) Lieferung zu geben, es sei denn, dass dies dem Besteller unzumutbar ist. Kann dies der Lieferant nicht durchführen oder kommt er dem nicht unverzüglich nach, so kann der Besteller insoweit ohne weitere Fristsetzung vom Vertrag zurücktreten sowie die Ware auf Gefahr des Lieferanten zurückschicken. In dringenden Fällen kann er nach Abstimmung mit dem Lieferanten die Mängelbeseitigung selbst vornehmen oder durch einen Dritten ausführen lassen. Hierdurch entstehende Kosten trägt der Lieferant. Wird die gleiche Ware wiederholt mangelhaft geliefert, so ist der Besteller nach schriftlicher Abmahnung bei erneut mangelhafter Lieferung auch für den nicht erfüllten Lieferumfang zum Rücktritt berechtigt.
- b) Wird der Fehler trotz Beachtung der Verpflichtung gemäß Abschnitt 4 (Mängelanzeige) erst nach Beginn der Fertigung festgestellt, so kann der Besteller
 - nach §439 Absatz 1, 3 und 4 BGB Nacherfüllung und Ersatz der zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Transportkosten (ohne Abschleppkosten) sowie Aus- und Einbaukosten (Arbeitskosten; Materialkosten soweit vereinbart) verlangen, oder
 - den Kaufpreis mindern.
- c) Bei einer über die Lieferung mangelhafter Ware hinausgehenden schuldhaften Pflichtverletzung (z.B. bei einer Aufklärungs-, Beratungs- oder Untersuchungspflicht) kann der Besteller Ersatz des daraus resultierenden Mangelfolgeschadens sowie des vom Besteller seinem Kunden gemäß Gesetz erstatteten Mangelfolgeschadens nach Maßgabe von Abschnitt 11 verlangen. Mangelfolgeschaden ist der Schaden, den der Besteller durch die Lieferung mangelhafter Ware an anderen Rechtsgütern als an der Ware selbst erlitten hat.

Weitergehende Aufwendungs- und Schadensersatzansprüche wegen der Lieferung mangelhafter Ware aus § 437 BGB oder unmittelbar aus den dort genannten Vorschriften hat der Besteller nur, wenn dies vertraglich vereinbart ist. Bei neu abzuschließenden Vereinbarungen ist Abschnitt 15 Ziffer 1 zu beachten.

2. Dem Lieferanten sind die von ihm zu ersetzenden Teile auf Verlangen und auf seine Kosten vom Besteller unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

3. Ansprüche aus Mängelhaftung verjähren mit Ablauf von 24 Monaten seit Fahrzeugerstzulassung oder Ersatzteile-Einbau, spätestens jedoch nach Ablauf von 30 Monaten seit Lieferung an den Besteller. Für Ware für Nutzfahrzeuge gilt die gesetzliche Verjährungsregelung, sofern nichts anderes vereinbart ist.

4. Mängelansprüche entstehen nicht, wenn der Fehler zurückzuführen ist auf Verletzung von Bedienungs-, Wartungs- und Einbauvorschriften, ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung und natürlichen Verschleiß sowie vom Besteller oder Dritten vorgenommene Eingriffe in den Liefergegenstand.

5. Bei mangelhaften Lieferungen bleiben Ansprüche des Bestellers aus Produkthaftungsgesetz, unerlaubter Handlung und Geschäftsführung ohne Auftrag von diesem Abschnitt 10 unberührt. Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantien müssen ausdrücklich schriftlich im einzelnen als solche bezeichnet werden.

11. Haftung

Soweit nicht an anderer Stelle dieser Bedingungen eine andere Haftungsregelung getroffen ist, ist der Lieferant nur wie folgt zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Besteller unmittelbar oder mittelbar infolge einer fehlerhaften Lieferung, wegen Verletzung behördlicher Sicherheitsvorschriften oder aus irgendwelchen anderen, dem Lieferanten zuzurechnenden Rechtsgründen entsteht:

1. Die Schadensersatzpflicht ist grundsätzlich nur gegeben, wenn den Lieferanten ein Verschulden an dem von ihm verursachten Schaden trifft.

2. Wird der Besteller aufgrund verschuldensunabhängiger Haftung nach Dritten gegenüber nicht abdingbarem Recht in Anspruch genommen, tritt der Lieferant gegenüber dem Besteller insoweit ein, wie er auch unmittelbar haften würde. Für den Schadensausgleich zwischen Besteller und Lieferant finden die Grundsätze des § 254 BGB entsprechende Anwendung. Dies gilt auch für den Fall einer direkten Inanspruchnahme des Lieferanten.

3. Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, soweit der Besteller seinerseits die Haftung gegenüber seinem Abnehmer wirksam beschränkt hat. Dabei wird der Besteller bemüht sein, Haftungsbeschränkungen in rechtlich zulässigem Umfang auch zugunsten des Lieferanten zu vereinbaren.

4. Ansprüche des Bestellers sind soweit ausgeschlossen, wie der Schaden zurückzuführen ist auf dem Besteller zuzurechnende Verletzungen von Bedienungs-, Wartungs- und Einbauvorschriften, ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, natürlichen Verschleiß oder fehlerhafte Reparatur.

5. Für Maßnahmen des Bestellers zur Schadensabwehr (z. B. Rückrufaktion) haftet der Lieferant, soweit er rechtlich verpflichtet ist.

6. Der Besteller wird den Lieferanten, falls er diesen nach den vorstehenden Regelungen in Anspruch nehmen will, unverzüglich und umfassend informieren und konsultieren. Er hat dem Lieferanten Gelegenheit zur Untersuchung des Schadenfalls zu geben. Über die zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere bei Vergleichsverhandlungen, werden sich die Vertragspartner abstimmen.

7. Die in Abschnitt 7 Ziffer 1 aufgestellten Grundsätze sind entsprechend anzuwenden, soweit keine oder keine ausreichende Versicherung des Lieferanten besteht.

12. Schutzrechte

1. Der Lieferant haftet für Ansprüche, die sich bei vertragsgemäßer Verwendung der Liefergegenstände aus der Verletzung von Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen (Schutzrechte) ergeben, von denen mindestens eines aus der Schutzrechtsfamilie entweder im Heimatland des Lieferanten, vom Europäischen Patentamt oder in einem der Staaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Mexiko, Kanada oder USA veröffentlicht ist.

2. Er stellt den Besteller und seine Abnehmer von allen Ansprüchen aus der Benutzung solcher Schutzrechte frei.

3. Dies gilt nicht, soweit der Lieferant die Liefergegenstände nach vom Besteller übergebenen Zeichnungen, Modellen oder diesen gleichkommenden sonstigen Beschreibungen oder Angaben des Bestellers hergestellt hat und nicht weiß oder im Zusammenhang mit den von ihm entwickelten Erzeugnissen nicht wissen muss, dass dadurch Schutzrechte verletzt werden.

4. Soweit der Lieferant nach Ziffer 3 nicht haftet, stellt der Besteller ihn von allen Ansprüchen Dritter frei.

5. Die Vertragspartner verpflichten sich, sich unverzüglich von bekannt werdenden Verletzungsrisiken und angeblichen Verletzungsfällen zu unterrichten und sich Gelegenheit zu geben, entsprechenden Ansprüchen einvernehmlich entgegenzuwirken.

6. Der Lieferant wird auf Anfrage des Bestellers die Benutzung von veröffentlichten und unveröffentlichten eigenen und von lizenzierten Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen an dem Liefergegenstand mitteilen.

7. Die in Abschnitt 7 Ziffer 1 aufgestellten Grundsätze zur Haftungsbegrenzung sind entsprechend anzuwenden.

13. Verwendung von Fertigungsmitteln und vertraulichen Angaben des Bestellers

Modelle, Matrizen, Schablonen, Muster, Werkzeuge und sonstige Fertigungsmittel, ebenso vertrauliche Angaben, die dem Lieferanten vom Besteller zur Verfügung gestellt oder von ihm voll bezahlt werden, dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bestellers für Lieferungen an Dritte verwendet werden.

14. Eigentumsvorbehalt

Der Lieferant behält sich das Eigentum an sämtlichen von ihm gelieferten Waren bis zur restlosen Bezahlung vor; hierbei gelten alle Lieferungen als ein zusammenhängendes Liefergeschäft. Bei laufender Rechnung gilt das vorbehaltene Eigentum als Sicherung für seine Saldoforderung. Werden die Waren von dem Besteller mit anderen Gegenständen zu einer einheitlichen Sache verbunden und ist die andere Sache als Hauptsache anzusehen, ist der Besteller verpflichtet, dem Lieferant anteilig Miteigentum zu übertragen, soweit die Hauptsache ihm gehört. Veräußert der Besteller die gelieferte Ware bestimmungsgemäß weiter, tritt er hiermit schon jetzt die aus der Veräußerung entstehenden Forderungen gegen seine Abnehmer mit allen Nebenrechten an den Lieferanten bis zur völligen Tilgung aller dessen Forderungen ab.

Aus begründetem Anlass ist der Besteller auf Verlangen des Lieferanten verpflichtet, die Abtretung den Drittkäufern bekannt zu geben und dem Lieferanten die zur Geltendmachung seiner Rechte erforderlichen Auskünfte zu geben und Unterlagen auszuhändigen.

Der Lieferant wird die von ihm gehaltenen Sicherungen insoweit freigeben, als ihr Wert die zu sichernden Forderungen um mehr als insgesamt 20% übersteigt.

15. Allgemeine Bestimmungen

1. Bei der Bestimmung der Höhe der vom Lieferanten zu erfüllenden Ersatzansprüche gemäß den Abschnitten 7, 10, 11 und 12 sind die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Lieferanten, Art, Umfang und Dauer der Geschäftsverbindung, etwaige Verursachungs- und / oder Verschuldensbeiträge des Bestellers nach Maßgabe des § 254 BGB und eine besonders ungünstige Einbausituation des Zulieferteils angemessen zugunsten des Lieferanten zu berücksichtigen. Insbesondere müssen die Ersatzleistungen, Kosten und Aufwendungen, die der Lieferant tragen soll, in einem angemessenen Verhältnis zum Wert des Zulieferteils stehen.

2. Stellt ein Vertragspartner seine Zahlungen ein oder wird das Insolvenzverfahren über sein Vermögen oder ein außergerichtliches Vergleichsverfahren beantragt, so ist der andere berechtigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten.

3. Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen und der getroffenen weiteren Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelung zu ersetzen.

4. Erfüllungsort ist der Sitz des Bestellers. Für die Lieferung kann etwas anderes vereinbart werden.

5. Die Einkaufsbedingungen in deutscher Sprache sind rechtlich verbindlich. Soweit schriftlich nichts abweichendes vereinbart, gilt für sonstige Vertragsdokumente, dass bei Vorliegen mehrerer sprachlicher Fassungen, von denen eine in deutscher Sprache ist, die deutsche Fassung die rechtsverbindliche ist.

6. Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist. Der Lieferant stimmt ausdrücklich zu, dass alle

Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit den Einkaufsbedingungen und den auf Ihrer Grundlage geschlossenen Verträgen den zuständigen Gerichten in Ingolstadt, Deutschland, unterliegen. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11.04.1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf ist in jedem Fall ausdrücklich ausgeschlossen.



Condiciones de Compra de Material de Producción de AUDI MÉXICO S.A. de C.V.

Versión: Julio 2020

Las siguientes condiciones serán aplicables en la relación contractual entre el cliente y un proveedor que tenga su domicilio legal dentro de los Estados Unidos Mexicanos, Canadá o los Estados Unidos de América:

1. Condiciones aplicables

Las relaciones jurídicas entre el proveedor y el cliente se rigen por las presentes condiciones y otros posibles acuerdos celebrados entre las partes. Cualquier modificación o complemento deberá realizarse por escrito. No serán válidas otras condiciones generales de compra y contratación, aun cuando el cliente no las rechace expresamente en cada caso particular.

2. Pedido

1. Los contratos de suministro (orden de compra y aceptación) y los pedidos de logística, así como sus modificaciones y complementos requerirán la forma escrita. Los pedidos de logística también podrán realizarse, de forma enunciativa más no limitativa, vía electrónica o digital.

2. Si el proveedor no acepta la orden de compra en el transcurso de tres semanas desde su recepción, el cliente podrá revocarla. Los pedidos de logística serán vinculantes cuando no sean revocados en un plazo de dos semanas a partir de su recepción.

3. En el caso de que el objeto de suministro esté determinado para su uso en una planta de VW AG, los suministros serán pedidos y pagados desde dicha planta.

4. El cliente podrá solicitar modificaciones al objeto de suministro relativas al diseño y a la ejecución, en la medida de lo posible para el proveedor. En este caso, las repercusiones, especialmente las relativas al aumento o disminución de los costos, así como a los plazos de entrega, serán reguladas de forma proporcional y de común acuerdo.

3. Pago

1. Será requisito para el pago, la presentación de una factura que cumpla con los requisitos legales y fiscales necesarios. Los pagos de las facturas se realizarán el día veinticinco (25) del mes siguiente en que se hizo la entrega del bien. Para el caso de proveedores con domicilio legal fuera de México, el pago de las facturas se realizará: (i) treinta (30) días después de la recepción del bien o la prestación del servicio, o (ii) en el caso de que al cliente le sea presentada por el proveedor una factura después de la entrega del bien o de la prestación del servicio, treinta (30) días después de la recepción de la factura, mediante la transferencia del importe correspondiente a la cuenta del proveedor que se haya indicado. En caso de que se reciban suministros de forma anticipada, el vencimiento se basará en la fecha de entrega acordada.

2. El pago se efectuará mediante transferencia o cheque. En la orden de pago se indicará al proveedor el saldo de la cuenta. Cualquier discrepancia será comunicada inmediatamente al cliente.

3. En caso de defectos en el objeto del suministro, el cliente podrá retener una parte proporcional del valor del pago hasta que se dé cumplimiento a lo pactado.

4. El proveedor no podrá ceder las cuentas por cobrar contra el cliente ni encomendar su cobro a terceros sin el consentimiento previo por escrito del cliente, el cual no podrá negarse sin causa justificada. Si contraviniendo la primera frase de este apartado, el proveedor cediera a terceros sus cuentas por cobrar contra el cliente sin el consentimiento de éste, la cesión será válida. No obstante, el cliente podrá efectuar el pago, a su discreción y con efectos liberatorios, al proveedor o al tercero.

4. Notificación de defectos

El cliente deberá notificar por escrito y sin demora al proveedor sobre los defectos que sean encontrados en el objeto de suministro tan pronto como sean detectados dentro del marco de un proceso comercial regular. En este sentido, el proveedor renuncia a oponer la demora como excepción de la reclamación por defectos.

5. Confidencialidad

1. Las partes contractuales se comprometen a tratar como secreto industrial todos los detalles técnicos y comerciales que no sean de conocimiento público y que lleguen a su conocimiento a través de sus relaciones comerciales.

2. Los dibujos, modelos, plantillas, muestras y objetos similares no podrán ser entregados a terceros no autorizados ni hacerlos accesibles de cualquier otra forma. La reproducción de tales objetos estará permitida únicamente en el marco de las necesidades operativas y de las disposiciones relativas a los derechos de propiedad intelectual.

3. Es obligación del proveedor hacer que los subproveedores cumplan y se obliguen a estas condiciones.

4. Los socios contractuales podrán hacer uso de su relación comercial para fines publicitarios únicamente previo consentimiento por escrito. Las solicitudes deberán dirigirse al comprador responsable.

6. Fechas y plazos de entrega/cláusulas de envío

Las fechas y plazos acordados serán vinculantes. Será determinante a efectos de cumplimiento de la fecha o el plazo de entrega la recepción del objeto de suministro en las instalaciones del cliente. El proveedor pondrá a disposición el objeto de suministro tomando en consideración el tiempo habitual para su carga y envío. Las entregas serán efectuadas de acuerdo a las instrucciones del cliente. Todas las cláusulas comerciales serán regidas por los INCOTERMS.

7. Demora en la entrega

El proveedor estará obligado a resarcir al cliente por los daños y perjuicios ocasionados por la demora. Esto no será aplicable para los daños y perjuicios ocasionados por el paro de la actividad operativa.

8. Fuerza mayor

Casos de fuerza mayor, huelga, disturbios, medidas de las autoridades y otros acontecimientos que sean imprevisibles, ineludibles y de gravedad liberarán a las partes de sus obligaciones durante el tiempo en que tenga lugar la perturbación y en la medida de duren sus efectos.

Lo mismo aplicará cuando estos sucesos se produzcan en un momento en el que la parte contractual afectada se encuentra en mora. Las partes estarán obligadas, en la medida de lo exigible, a facilitar inmediatamente la información necesaria y a adaptar, de buena fe, sus obligaciones a las nuevas condiciones.

9. Calidad y documentación

1. Respecto a sus entregas el proveedor deberá cumplir con los principios de la técnica generalmente aceptados, las normas de seguridad y los datos técnicos acordados. Modificaciones al objeto de suministro requerirán el consentimiento previo y por escrito del cliente. Para el primer muestreo será aplicable el Tomo 2, Aseguramiento de la calidad de entregas. Liberación del proceso de producción y del producto (PPF) de la Asociación de la Industria Automotriz Alemana (en adelante "VDA"). No se podrá comenzar con el suministro para la producción en serie hasta que el cliente haya aceptado la muestra. Independientemente de ello, el proveedor deberá verificar constantemente la calidad de los objetos de suministro. Las partes se informarán mutuamente sobre las posibilidades de una mejora de la calidad.

2. Si el proveedor y el cliente no han acordado el tipo y el alcance de las pruebas así como los equipos y métodos de prueba, el cliente, a petición del proveedor y en el marco de sus conocimientos, experiencias y posibilidades, estará dispuesto a revisar con él, las pruebas con vistas a determinar en cada caso el estado necesario de la técnica de prueba. Además, el cliente informará al proveedor, si éste lo desea, sobre las normas de seguridad aplicables. Para información más detallada sobre los procesos de medición y prueba será aplicable el Tomo 5 de la VDA, Idoneidad del proceso de prueba, Idoneidad de sistemas de medición, procesos de medición y prueba, Inseguridad de medición ampliada, Evaluación de conformidad.

3. En el caso de las características señaladas, por ejemplo con una "D", en la documentación técnica o por acuerdo aparte, el proveedor deberá además documentar en registros especiales cuándo, en qué modo y por quién han sido verificados los objetos de suministro en relación con las características especiales y qué resultados se han obtenido de las pruebas de calidad ordenadas. Los documentos de verificación deberán conservarse al menos durante quince años y mostrarse al cliente si fuera necesario. El proveedor, en el marco de las posibilidades legales, deberá obligar de igual forma a sus proveedores. Para la documentación y archivo será aplicable el Tomo 1, Documentación y archivo; Guía para la documentación y el archivo de requisitos de calidad de la VDA, así como al documento de la VDA Descripción de Procesos en relación con Características Especiales (BM).

4. En el caso de que las autoridades responsables por la seguridad de los automóviles, normas de emisiones o similares exijan realizar una inspección del desarrollo de los procesos productivos y en los documentos de prueba del cliente con el fin de comprobar determinados requerimientos, el proveedor, a petición del cliente, se obliga a otorgar acceso a sus instalaciones y/o registros y brindarles todo el apoyo exigible.

10. Responsabilidad por defectos

1. El cliente podrá exigir en caso de entrega de objetos de suministro defectuosos, salvo disposición en contrario, lo siguiente y sólo si se dan las condiciones legales correspondientes y las que se enumeran a continuación:



Condiciones de Compra de Material de Producción de AUDI MÉXICO S.A. de C.V.

Versión: Julio 2020

a) Antes del inicio de la fabricación (procesamiento o montaje) el cliente deberá ofrecer primero al proveedor, a menos que le sea imposible, la posibilidad de llevar a cabo una revisión, y en su caso eliminar los defectos o a sustituir aquellos objetos defectuosos a posteriori. Si el proveedor no lo pudiera llevar a cabo o no responde a dicha solicitud oportunamente, el cliente podrá rescindir el contrato sin necesidad de comunicar a la contraparte un nuevo plazo y devolver el objeto de suministro por cuenta y riesgo del proveedor. En casos urgentes el cliente podrá, hacerse cargo él mismo de subsanar los defectos o encomendar su subsanación a un tercero. Los costos generados correrán a cargo del proveedor. Si el mismo objeto de suministro se entregará reiteradamente de manera defectuosa, y luego de una amonestación previa y por escrito, se volviera nuevamente a entregar un objeto de suministro defectuoso, el cliente podrá rescindir el contrato también por lo que se refiere a la parte del suministro no entregado.

b) Si pese a la obligación contraída de conformidad con el Apartado 4 (Notificación de defectos), el defecto no se descubre hasta después del inicio de la fabricación, el cliente podrá: 1) exigir, a su discreción, la eliminación del defecto o la entrega de un objeto de suministro libre de defectos. Si el cliente ha instalado el objeto de suministro defectuoso en otro bien, o lo ha colocado a otro bien, de acuerdo con su tipo y uso previsto, el proveedor estará obligado, a reembolsar al cliente los gastos necesarios para el retiro del objeto de suministro defectuoso y la instalación del objeto de suministro reparado o entregado sin defectos. El proveedor asumirá, en cualquier caso, los gastos necesarios para tal efecto, en particular los gastos de transporte (excluyendo los costos de remolque), así como los costos de desmontaje y montaje (mano de obra y, siempre que se hayan acordado, de material; o 2) reducir el precio de compra.

c) En caso de incumplimiento culposo de una obligación más allá de la entrega de un objeto de suministro defectuoso (p. ej. en el caso de un deber de información, asesoramiento o inspección), el cliente podrá exigir que le sean resarcidos los daños y perjuicios en el objeto de suministro, así como la indemnización por daños y perjuicios derivada de los defectos, en virtud de lo establecido en el apartado 11, y aquellos que el cliente haya indemnizado al consumidor final con arreglo a las disposiciones legales.

Al cliente le corresponderán las indemnizaciones por daños y perjuicios debido a la entrega de objetos de suministro defectuosos establecidas en las presentes Condiciones y aquellas que así haya sido acordado contractualmente. Para nuevos acuerdos, deberá tomarse en consideración el Apartado 15, inciso 1.

2. A petición del proveedor, el cliente deberá poner inmediatamente a su disposición las piezas que deban ser sustituidas, corriendo los gastos correspondientes por cuenta del proveedor.

3. Los derechos de indemnización por responsabilidad por defectos prescriben en 24 meses a partir de la primera matriculación del vehículo o montaje de piezas de refacción, o en todo caso a más tardar transcurridos 30 meses desde la entrega al cliente.

4. No existirá derecho de indemnización por responsabilidad por defectos cuando el defecto sea atribuible a un incumplimiento de las normas de uso, mantenimiento y montaje, uso inapropiado o indebido, manejo erróneo o negligente y desgaste natural, así como las manipulaciones efectuadas por el cliente o terceros en el objeto de suministro.

5. En caso de entregas defectuosas, lo estipulado en el presente Apartado 10 no afectará los derechos del cliente que le otorga el Código Civil Federal y la Ley Federal de Protección al Consumidor. Las garantías de características y durabilidad deberán designarse como tales por escrito en cada caso concreto.

11. Responsabilidad

Siempre y cuando no haya sido regulado en otro apartado de las presentes condiciones un régimen de responsabilidad diferente, el proveedor estará obligado solamente a indemnizar al cliente por daños y perjuicios ocasionados a consecuencia de una entrega defectuosa, por incumplimiento de las normas de seguridad de las autoridades o por cualquier otro fundamento de derecho atribuible al proveedor tal y como se describe a continuación:

1. En principio, la obligación de indemnización por daños y perjuicios se da solo cuando el proveedor haya incurrido en culpa con respecto a los daños y perjuicios causados por él.

2. Si independientemente de la culpa, el cliente enfrenta reclamaciones por responsabilidad y dicha responsabilidad no puede ser excluida con respecto a

terceros, el proveedor resarcirá al cliente tal y como si el mismo fuera directamente responsable. Para la compensación entre el cliente y el proveedor en relación con la indemnización por daños y perjuicios aplicarán los siguientes principios: i) Si el cliente contribuyó a que se produjera el daño, la obligación de pagar una indemnización, así como el alcance de la indemnización, dependerá de las circunstancias y en particular de la medida en que el daño haya sido causado principalmente por una u otra parte. ii) Esto se aplicará también si la culpa del cliente se limita a no haber llamado la atención del proveedor sobre el riesgo de un daño inusualmente elevado, que el proveedor no conocía ni debería haber conocido, o a no haber evitado o mitigado el daño. iii) El proveedor será responsable del actuar de su representante legal y de sus empleados y trabajadores, en la misma medida que por su propia culpa. Esto mismo será aplicable en el caso de reclamación directa contra el proveedor.

3. Queda descartado el deber de indemnización por daños y perjuicios en el caso de que el cliente haya limitado por su parte la responsabilidad con respecto a su cliente de manera efectiva. A este respecto, el cliente se esforzará por acordar las limitaciones de responsabilidad en la medida permitida por la ley de forma que también beneficie al proveedor.

4. El cliente no tendrá derecho a reclamar cuando los daños se puedan atribuir a la violación por su parte de las normas de uso, mantenimiento y montaje, a un uso inapropiado o incorrecto, manejo erróneo o negligente, desgaste natural o reparación defectuosa.

5. El proveedor se responsabiliza por las medidas llevadas a cabo por el cliente para prevenir daños y perjuicios (p. ej. llamado a servicio / recalls), siempre y cuando esté legalmente obligado, o sea de carácter preventivo.

6. En caso de que el cliente pretenda formular reclamaciones contra el proveedor de conformidad con las disposiciones anteriores, este deberá informarle y consultarle sin demora y de forma exhaustiva. El cliente brindará al proveedor la oportunidad de examinar el siniestro. Las partes acordarán las medidas a aplicar, especialmente en el caso de negociaciones conciliatorias.

7. Los principios comprendidos en el Apartado 7 respecto a la limitación de responsabilidad, aplicarán de manera análoga siempre y cuando el proveedor no tenga seguro o la cobertura del mismo sea insuficiente.

12. Derechos de propiedad intelectual

1. El proveedor será responsable por cualquier reclamación que, en caso de uso de los objetos de suministro conforme a lo estipulado por el contrato, se fundamenta en la violación de derechos de propiedad intelectual y solicitudes de los mismos (derechos de propiedad intelectual), de los cuales al menos uno de estos derechos haya sido publicado en el país de origen del proveedor, por la Oficina Europea de Patentes o en alguno de estos países: República Federal de Alemania, Francia, Gran Bretaña, Austria, México, Canadá o EE.UU.

2. El proveedor eximirá al cliente y los clientes del mismo de cualquier reclamación motivada por el uso de tales derechos de propiedad intelectual.

3. Esto no será aplicable cuando el proveedor haya fabricado los objetos de suministro según los dibujos, modelos u otras descripciones equivalentes o datos facilitados por el cliente y no sabe o, en el contexto de los productos desarrollados por él, no debía saber que con ello se violaban derechos de propiedad intelectual.

4. En el caso de que el proveedor no sea responsable de acuerdo con lo expuesto en el inciso 3, el cliente le eximirá de todas las reclamaciones de terceros.

5. Las partes se comprometen a informarse mutuamente sin demora sobre riesgos de violación de derechos que lleguen a conocerse, así como sobre supuestos casos de violación de derechos y de darse asimismo mutuamente la oportunidad de actuar de común acuerdo para hacer frente a las reclamaciones correspondientes.

6. A petición del cliente, el proveedor le comunicará del uso de derechos de propiedad intelectual y solicitudes de los mismos, propios y bajo licencia, publicados y no publicados, sobre el objeto de suministro.

7. Los principios comprendidos en el Apartado 7 relativos a la limitación de la responsabilidad deberán aplicarse de forma análoga.

13. Uso de medios de fabricación y datos confidenciales del cliente

Los modelos, matrices, plantillas, muestras, herramientas y otros elementos de fabricación, así como datos confidenciales que el cliente ponga a disposición del proveedor o cuyos costos totales sean sufragados por el cliente, no podrán ser utilizados para suministros para terceros sin el consentimiento previo por escrito del cliente.



Condiciones de Compra de Material de Producción de AUDI MÉXICO S.A. de C.V.

Versión: Julio 2020

14. Relaciones laborales y seguridad

1. El proveedor manifiesta que cuenta con trabajadores propios para cumplir con su obligación derivada de la orden de compra, por lo que, en ningún caso, éstos podrán considerarse trabajadores del cliente. El proveedor será responsable de sus propios trabajadores, o en su caso, subcontratistas que utilice para el cumplimiento de su obligación derivada de la orden de compra, así como de todos los pagos correspondientes a sus trabajadores y subcontratistas, incluyendo salarios, vacaciones, compensaciones, bonos, indemnizaciones por accidentes de trabajo, contribuciones a los sistemas de seguridad social y de vivienda, y cualquier otra obligación que se derive de la Ley Federal del Trabajo. El cliente no aceptará reclamo alguno relativo a cualquier obligación en materia laboral proveniente de trabajadores y/o subcontratistas del proveedor. El proveedor deberá indemnizar y se obliga a mantener en paz y a salvo al cliente de cualquier posible reclamo que pudiera presentarse en relación con los trabajadores y/o subcontratistas del proveedor y deberá reembolsar al cliente cualquier cantidad que tuviera que erogar en razón de cualquier acción o reclamación (incluyendo honorarios de abogados, costas, gastos, etc.).

2. Para el caso que el objeto de suministro consignado en la orden de compra deba instalarse y/o ejecutarse en el domicilio del cliente, será responsabilidad exclusiva del proveedor proporcionar a sus trabajadores y/o subcontratistas todos los aparatos, herramientas y medios apropiados para protegerlos de lesiones corporales. En este caso el cliente, se compromete a informar a los trabajadores y/o subcontratistas que el proveedor asigne para tal efecto, de todas las reglas, reglamentos y normatividad interna de las instalaciones del cliente relacionados con la seguridad e higiene del centro de trabajo, sin que lo anterior implique dirección, subordinación o relación de trabajo alguna entre los trabajadores y/o subcontratistas del proveedor y el cliente. En estos casos, el cliente se reserva el derecho de solicitar al proveedor la documentación que soporte la inscripción de sus trabajadores ante las instituciones de seguridad social en México, así como de los pagos realizados por concepto de aportaciones de seguridad social. Esta facultad será extensiva para los subcontratistas que, en su caso, contrate el proveedor para el cumplimiento de su obligación derivada de la orden de compra.

15. Disposiciones generales

1. Para determinar la cuantía de las reclamaciones por daños y perjuicios que deberá satisfacer el proveedor de conformidad con los apartados 7, 10, 11 y 12, se tomarán en consideración las circunstancias económicas del proveedor, el tipo, el alcance y la duración de la relación comercial, las posibles contribuciones a la causación y/o culpabilidad que correspondan al cliente según lo estipulado en el Apartado 11, inciso 2, segunda oración, subincisos i, ii y iii de las presentes Condiciones y una situación de montaje especialmente desfavorable del objeto de suministro a favor del proveedor. En especial, las indemnizaciones, costos y gastos que asumirá el proveedor deberán guardar una proporcionalidad adecuada con el valor del objeto de suministro.

2. Si una de las partes suspende los pagos o se solicita la apertura del procedimiento concursal sobre su patrimonio, la otra parte estará facultada para rescindir la parte del contrato no cumplida. Los contratos celebrados por las partes son por tiempo indeterminado. Las partes se reservan el derecho de terminar la relación contractual por escrito en cualquier momento sin responsabilidad y sin necesidad de resolución judicial previa, debiendo dar aviso para tal efecto por escrito a la otra parte de su decisión con una anticipación razonable. Para determinar el plazo de anticipación del aviso mencionado, se tendrá en cuenta particularmente, el garantizar el suministro al cliente respecto del objeto del contrato.

3. Si alguna de las disposiciones contempladas en las presentes condiciones o en alguno de los demás acuerdos contemplados fuera nula, ello no afectará a la eficacia del resto de las condiciones. Las partes se comprometen a sustituir la disposición nula por una disposición que corresponda en la mayor medida posible a los términos económicos de la disposición nula.

4. El lugar de cumplimiento es la sede del cliente. Para la entrega podrá acordarse algo distinto.

5. Las condiciones de compra en idioma español serán jurídicamente vinculantes. En relación con los demás documentos contractuales de los que no se disponga de una versión en español y existan versiones en varios idiomas, siendo uno de ellos el idioma alemán, únicamente la versión en alemán será la jurídicamente vinculante. En caso de suscitarse alguna controversia por no existir versión en español, será jurídicamente

vinculante, la traducción que se realice por un perito oficial designado por el cliente.

6. Las condiciones de compra de material de producción estarán sujetas al derecho mexicano y el proveedor acepta que todos los litigios derivados de las condiciones de compra y los contratos concluidos con base a dichas condiciones, se someterán a la jurisdicción de los tribunales de Puebla, México, renunciando expresamente a cualquier jurisdicción que le fuera competente en virtud de su domicilio presente o futuro. En cualquier caso, queda excluida explícitamente la aplicación de la Convención de las Naciones Unidas del 11 de abril de 1980 sobre los Contratos de Compraventa Internacional de Mercaderías.

7. Las partes reconocen la aplicación de las reglas de Aseguramiento de la calidad de entregas. Liberación del proceso de producción y del producto (PPF) de la Asociación de la Industria Automotriz Alemana (VDA), las cuales manifiestan conocer y que forman parte integrante de las presentes Condiciones.